

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Susanne Ferschl, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/28771 –

Sonderarbeitsmarkt Ost überwinden – Gute Arbeit in allen Regionen ermöglichen

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. verweist darauf, dass auch 30 Jahre nach der Wende die neuen Bundesländer mit ihren Regionen hinsichtlich der Arbeitsmarktbedingungen und der sozialen Lage nahezu flächendeckend schlechter abschneiden würden als die Regionen im Westen. Ein Sonderarbeitsmarkt Ost sei dabei längst Dauerzustand geworden.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rahmenbedingungen für eine höhere Tarifbindung und den Abschluss von Tarifverträgen allgemein verbessere. Zudem solle der allgemeine gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro brutto die Stunde angehoben werden. Die Gewährung öffentlicher Fördermittel solle stärker an Kriterien guter und nachhaltiger Arbeit gekoppelt werden. Zur Entwicklung von Handlungskonzepten solle zudem ein arbeitsmarktpolitisches Monitoring eingerichtet werden, das regionale Verwerfungen und Disparitäten des Arbeitsmarktes in den Fokus nehme.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/28771 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Matthias W. Birkwald
Stellvertretender Vorsitzender

Wilfried Oellers
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Wilfried Oellers

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/28771** ist in der 225. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. April 2021 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. sei die Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und nach nicht vorhandener Gleichwertigkeit im Empfinden der Menschen im Osten nach wie vor präsent. Vollzeitbeschäftigte hätten im Jahr 2019 etwa immer noch ein um 20 Prozent geringeres Medianentgelt als westdeutsche Vollzeitbeschäftigte erhalten. In manchen Branchen sei dieser Abstand noch größer. Auch der Niedriglohnbereich sei nach Zahlen aus dem Jahr 2019 mit 30,4 Prozent in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland mit 16,3 Prozent. Eine Ursache für die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland sei, dass im Osten seit der Wende viele Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, mit guten Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsstrukturen durch die zerstörerische Treuhandpolitik verloren gegangen seien. Bestehende oder neu entstandene Betriebe seien oft verlängerte Werkbänke ohne eigenen Forschungs- und Entwicklungsbereich. Die Förder- und Ansiedlungspolitik der Bundesregierung habe zudem falsche Anreize gesetzt und sei nicht von Nachhaltigkeit geprägt gewesen. Darüber hinaus seien mehr Menschen in Ostdeutschland im Grundsicherungsbezug oder würden zur Arbeit nach Westdeutschland pendeln. Es habe sich dauerhaft ein Sonderarbeitsmarkt Ost gebildet, dem endlich deutlich entgegen gewirkt werden müsse.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/28771 in seiner Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/28771 in seiner 134. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Wilfried Oellers
Berichterstatter

